



Wirtschaft Aktuell

Sommerprognosen bestätigen moderate Erholung

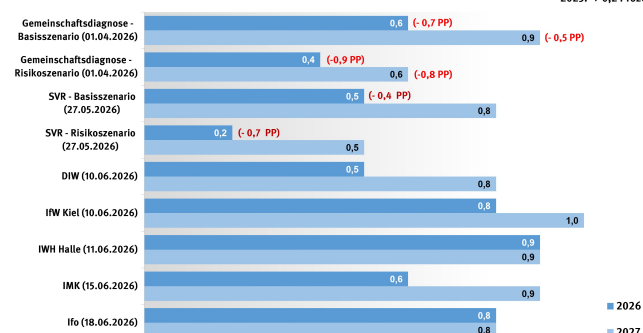
Gegenüber den Frühjahrsprognosen hat sich das Grundbild kaum verändert: Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten weiterhin eine moderate, aber fragile Erholung der deutschen Wirtschaft. Höhere Energiepreise infolge des Iran-Kriegs belasten Kaufkraft, Konsum und Investitionen, während eine expansive Fiskalpolitik mit zusätzlichen Ausgaben für Infrastruktur, Klimaschutz und Verteidigung die Konjunktur stützt. Für 2026 sagen die Sommerprognosen ein Wirtschaftswachstum zwischen 0,5 und 0,9 Prozent voraus. Die Inflation bleibt in den Prognosen mit 2,7 bis 2,9 Prozent oberhalb des EZB-Ziels, wird aber teils niedriger eingeschätzt als noch im Frühjahr. Für die Weltwirtschaft hat unter anderem der globale KI-Boom dazu beigetragen, einen stärkeren Abschwung zu verhindern. Gleichzeitig bleiben die geopolitischen Risiken außergewöhnlich hoch.

Die aktuellen Sommerprognosen 2026 bestätigen das Bild einer moderaten, aber fragilen und durch den Konflikt im Nahen Osten gedämpften Erholung der deutschen Wirtschaft. Anders als im Frühjahr präsentieren die Institute in ihren Prognose-Updates vom Juni keine eigenständigen, voll ausgearbeiteten Risiko- oder Eskalationsszenarien mehr. Doch auch in den Sommerprognosen hängt der weitere Konjunkturausblick entscheidend von den zugrunde gelegten geopolitischen Annahmen und der unterstellten Entwicklung der Energiepreise ab. Entsprechend hoch bleibt die Unsicherheit über den tatsächlichen Konjunkturverlauf. Die jüngsten Prognosen für den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2026 reichen von 0,5 Prozent (DIW) bis 0,9 Prozent (IWH). Für 2027 bewegen sich die Prognosewerte zwischen 0,8 Prozent (DIW, ifo) und 1,0 Prozent (IfW). Alle Institute betonen das fortbestehende Risiko, dass eine erneute Eskalation des Nahostkonflikts oder ein weiterer Energiepreisschub zu einer schwächeren Wachstums- und stärkeren Inflationsdynamik führen könnte, als in den Prognosen abgebildet.

Institutsprognosen für Deutschland 2026 und 2027

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent

2023: - 0,9 Prozent
2024: - 0,5 Prozent
2025: + 0,2 Prozent



Veränderung im Vergleich zu Herbstprognosen 2025 von GD bzw. SVR in Prozentpunkten
Quelle: Gemeinschaftsgutachten, GD-Institute, Sachverständigenrat, IMK, Destatis
Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

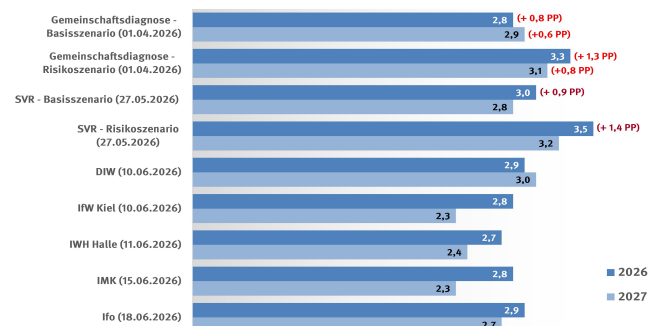
Infolge der gestiegenen Energiepreise sagen die Sommerprognosen für Deutschland weiterhin eine erhöhte Inflation vo-

raus, die klar über dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent liegen dürfte. Im Vergleich zu den Frühjahrsprognosen fällt jedoch auf, dass die Institute ihre zuvor teils auf über drei Prozent angehobenen Inflationserwartungen nicht weiter nach oben revidiert haben, sondern in ihren Juni-Updates keine Inflationsraten oberhalb von drei Prozent mehr explizit ausweisen. Die Prognosewerte für den Verbraucherpreisindex im Jahresdurchschnitt 2026 reichen von 2,7 Prozent (IWH) bis 2,9 Prozent (ifo und DIW). Für 2027 gehen die Institute überwiegend von einem Rückgang der Teuerung aus. Die niedrigsten Prognosewerte von jeweils 2,3 Prozent weisen IfW und IMK aus, während das DIW mit 3,0 Prozent sogar eine leichte Beschleunigung der Inflation für 2027 prognostiziert.

Prognosen des Verbraucherpreisanstiegs 2026 und 2027

Veränderung zum Vorjahr in Prozent

2021: + 3,1 Prozent; 2022: + 6,9 Prozent;
2023: + 5,9 Prozent; 2024: + 2,3 Prozent;
2025: + 2,2 Prozent *



Veränderung im Vergleich zur Herbstprognosen von GD bzw. SVR in Prozentpunkten
Quelle: Gemeinschaftsgutachten, GD-Institute, Sachverständigenrat, IMK, *Destatis

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

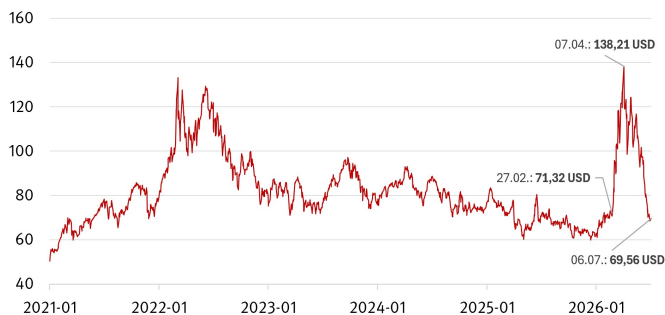
Den (Sommer-)Prognosen liegen konkrete Annahmen zur Entwicklung der Energiepreise infolge des Nahostkonflikts sowie zu Welthandel, US-Zöllen, Wechselkursen, der EZB-Zinspolitik und der nationalen Finanzpolitik zugrunde. Noch Ende Mai ging der Sachverständigenrat in seinem Risikoszenario von einem Rohölpreis von über 120 US-Dollar je Barrel bis in den Oktober 2026 aus. Die Annahmen der Juni-Prognosen der Wirtschaftsinstitute für den Rohölpreis in den



Jahren 2026 und 2027 lagen niedriger, aber weiterhin deutlich über dem Anfang Juli tatsächlich erreichten Preisniveau. Für die Rohölsorte Brent sank der Spotpreis nach Bekanntgabe und anschließender Unterzeichnung des US-Iran-Rahmenabkommens Mitte Juni wieder auf unter 70 US-Dollar je Barrel (siehe Abbildung unten). Unmittelbar nach dem Wiederaufflammen der militärischen Kämpfe in der Nacht zum 8. Juli und dem damit verbundenen Scheitern der Waffenruhe stieg der Rohölpreis dann zeitweise wieder deutlich an (in der Spitze um bis zu 9 Prozent; unten nicht mehr abgebildet).

Rohölpreis

Ölsorte Brent, Spot-Preis in USD je Barrel



Quelle: datahub.io

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Neben den Belastungen durch den Iran-Krieg wird die konjunkturelle Entwicklung derzeit maßgeblich von einer expansiven Fiskalpolitik geprägt. Entsprechend trägt die Sommerprognose des ifo Instituts den Titel „**Energiepreisanstieg bremst – Finanzpolitik schiebt**“. Der Energiepreisschock mindert das Wachstum nach ifo-Berechnungen in den Jahren 2026 und 2027 jeweils um 0,4 Prozentpunkte, während die finanzpolitischen Maßnahmen in beiden Jahren einen positiven Wachstumsbeitrag von jeweils 0,5 Prozentpunkten leisten. Der fiskalische Impuls hat ein Volumen von 0,9 Prozent des BIP im Jahr 2026 und 0,5 Prozent des BIP im Jahr 2027 – in Gestalt vor allem von höheren Ausgaben für Infrastruktur, Klimaneutralität und Verteidigung. Der **Staatsverbrauch**, in dem sich auch die Umsetzung öffentlicher Programme widerspiegelt, wird in den Sommerprognosen **als wichtigste Wachstumsstütze für 2026 und 2027** identifiziert. Auch die **Investitionen leisten zunehmend positive Wachstumsbeiträge**, wenngleich die Wirkung öffentlicher Investitionen zunächst teilweise durch die negativen Effekte kriegsbedingter Unsicherheit und höherer Finanzierungskosten auf die privaten Investitionen überlagert wird. Erst 2027 kommen die positiven Impulse bei den Ausrüstungs- und Bauinvestitionen insgesamt deutlicher zum Tragen.

Der private Konsum, der 2025 noch den größten Wachstumsbeitrag geliefert hatte, **wird dagegen infolge des Iran-Kriegs spürbar ausgebremst**. Zwar steigen in den Prognosen die nominalen Einkommen weiter, doch werden die Zuwächse durch die höhere Inflation weitgehend aufgezehrt. Das ifo Institut beziffert die **durch teurere Energieimporte verursachten Terms-of-Trade-Verluste** auf insgesamt rund **34 Milliarden Euro in den Jahren 2026 und 2027**. Diese Kaufkraftverluste entziehen der Binnenwirtschaft Mittel, die für einen stärkeren

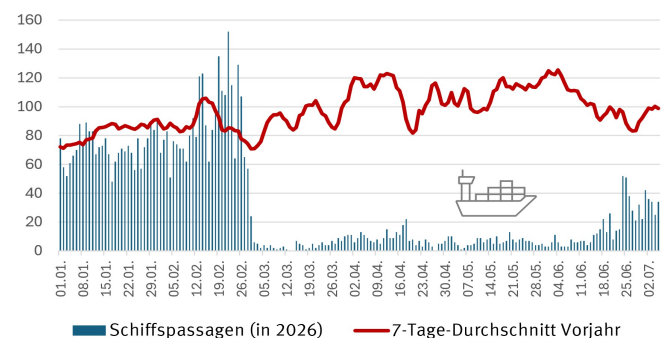
privaten Konsum und zusätzliche Investitionen fehlen. Sofern keine zusätzlichen Impulse durch kräftige Lohnabschlüsse oder spürbare steuerliche und sozialpolitische Entlastungen hinzukommen, dürfte die private Konsumdynamik zwar weiterhin einen positiven Wachstumsbeitrag leisten, jedoch deutlich verhaltener ausfallen als noch im Jahr 2025.

Vom **Außenhandel** kamen zuletzt wieder leicht positive Signale. Die Exporte entwickelten sich zu Jahresbeginn besser als erwartet, was allerdings auch auf Nachholeffekte sowie vorgezogene Bestellungen im Zuge geopolitischer Unsicherheiten zurückzuführen sein dürfte. **Bis Ende 2027 wird erwartet, dass sich der Außenbeitrag deutlich günstiger auf das deutsche Wirtschaftswachstum auswirkt als noch 2025.** Eine **echte Trendwende** ist jedoch angesichts fortbestehender handelspolitischer Unsicherheiten und der wachsenden (Export-)Konkurrenz durch chinesische Anbieter **weiterhin nicht in Sicht**.

Die **Weltkonjunktur** wird derzeit nicht nur durch höhere Staatsausgaben – unter anderem für erneuerbare Energien und Verteidigung – gestützt. **Ein wichtiger globaler Wachstumstreiber bleibt zudem der KI-Boom.** Nach Einschätzung des IWH sorgt dieser weiterhin für starke Investitionsimpulse, vor allem bei Rechenzentren in den USA. Gleichzeitig profitieren ostasiatische Volkswirtschaften als Lieferanten von Halbleitern und anderen für KI-Anwendungen benötigten Kapitalgütern. Für Deutschland erwartet das IWH, dass Künstliche Intelligenz den Arbeitsmarkt strukturell verändern und neue Anforderungen an Qualifikation und Weiterbildung stellen wird; eine kurzfristige massenhafte Verdrängung von Arbeitskräften erwartet das Institut hingegen nicht. Vielmehr verweist es auf erhebliche Produktivitätspotenziale. Allerdings bleibt das erwartete Produktivitätswachstum in den aktuellen Sommerprognosen verhalten, mit in der Regel positiven, aber nicht über ein Prozent hinausgehenden Zuwachsraten der Stundenproduktivität.

Das **größte globale Konjunkturrisiko** wiederum sieht das IWH in einer **länger anhaltenden Störung der Transportwege durch die Straße von Hormus** (auch angesichts teils bereits aufgezehrter Ölreserven). Daten von IMF PortWatch zeigen, dass sich die Zahl der Schifffahrt durchfahrten bereits vor der erneuten militärischen Eskalation am 8. Juli noch immer deutlich unter dem normalen Niveau bewegte.

Schifffahrt durch die Straße von Hormus



Quelle: IMF PortWatch (Stand: 05.07.2026)

Grafik: IG Metall, FB IB